



Stefan Pulß (3. v. l.), Moderator bei „Nordwestradio unterwegs“, leitete die Diskussionsrunde mit Franz-Josef Dasenbrock (Kreislandvolk), Hans-Joachim Janßen (Grüne), Gerhard Krick (Nabu), Franz Jansen-Minßen (Landwirtschaftskammer) und Egon Harms (OOVW, v.l.). Die Sendung wurde zunächst aufgezeichnet und später am Nachmittag ausgestrahlt. • Foto: Schmidt

„Wir müssen den Trend umkehren“

Wasserschutz und Landwirtschaft/Expertendiskussion auf dem Biohof Bakenhus

GROSSENKNETEN/LANDKREIS
 • „Kommt die Gülle auch ins Grundwasser?“ Mit dieser provokanten Frage läutete Moderator Stefan Pulß gestern eine neue Themensendung des Formats „Nordwestradio unterwegs“ ein. Die Diskussion ging auf dem Biohof Bakenhus in Großenkneten über die Bühne und war in eine größere Fachtagung integriert, an der sowohl Landwirte als auch Experten aus dem Bereich der Wasserversorgung teilnahmen.

Wasserschutz und Landwirtschaft – diese Faktoren passen derzeit nicht unter einen Hut. „Die Oberflächenbelastung ist eine Bedrohung. Wir müssen den Trend umkehren. Dieser Herausforderung sind wir uns als Landwirte bewusst und werden uns ihr stellen“, verkündete Franz-Josef Dasenbrock, Vertreter des Kreislandvolkverbandes, gleich zu Beginn der Gesprächsrunde.

Bei den anderen Diskussteilnehmern traf diese Aussage auf Zustimmung. Hans-Joachim Janßen (Grüne), agrarpolitischer Sprecher im niedersächsischen Landtag, hob ähnlich wie Gerhard Krick (Nabu), Franz Jansen-Minßen (Landwirtschaftskammer) und Egon Harms (OOVW) die Bedeutung der kürzlich vereinbarten Gesetzesnovellierungen

im Landtag hervor: „Es ist wichtig, dass in Niedersachsen der Nährstoffkataster kommt“, erklärte Janßen. In dem Kataster sollen Daten zur Flächenausstattung der Betriebe, zur Tierhaltung und zu den Nährstoffströmen zusammengeführt werden. Anhand dieser Daten kann die Behörde dann erkennen, welcher Landwirt sich nicht an die Grenzwerte hält. „Wir haben erst kürzlich im Landtag einen Beschluss zum Nährstoffkataster gefasst“, berichtete Janßen und sprach von einem „wesentlichen Schritt“. Nichtsdestotrotz müsse in diesem Zusammenhang auch dafür gesorgt werden, dass die Datenerfassung ausreichend von den Behörden kontrolliert werde.

„Das kennen wir schon. Kontrolle ist auch in Ordnung“, versicherte Dasenbrock auf Nachfrage des Moderators Pulß. Wichtig sei jedoch, dass die Bürokratie in einem vertretbaren Rahmen bleibe.

Nicht einig waren sich die Diskussteilnehmer bezüglich der Auswirkungen der Überdüngung. Laut OOVW-Sprecher Harms müsse man zwischen zwei Ebenen unterscheiden: „Im oberflächennahen Grundwasser – 15 bis 20 Meter tief – haben wir steigende und

bereits hohe Nitratwerte gemessen“, sagte er. „In tieferen Schichten – 50 bis 100 Meter unter der Erde –, wo wir auch Wasser mit unseren Förderbrunnen entnehmen, sind die Werte noch nitratfrei.“

Die Besorgnis von Harms, dass Nitrate aus dem Oberflächenwasser langsam in tiefere Regionen sickern könnten, wollten Dasenbrock und Minßen als Landwirtschaftsvertreter nicht gleichermaßen teilen: „Es gibt eine Schicht im Boden, die sämtliche Nitrate abbaut. Auch wenn wir im oberen Bodenbereich keine Trinkwasserqualität erreichen, muss das nicht unbedingt Auswirkungen auf den tatsächlichen Förderbereich haben“, argumentierte Dasenbrock.

„Wir dürfen nicht vergessen, dass es hier um unser lebenswichtiges Trinkwasser geht. Damit sollten wir nicht spaßen“, warf ein Zuhörer aus dem Publikum ein.

Entsprechend signalisierten Dasenbrock und Minßen dann auch, dass trotz der verschiedenen Ansichten über die Auswirkungen dennoch eine Bereitschaft zum Handeln unter den Landwirten bestehe: „Es muss etwas passieren“, unterstrich Minßen. Neben den geplanten Maßnahmen

der Landesregierung gebe es aber auch schon Kooperationsprojekte zum Wasserschutz, die fortgesetzt werden sollten.

Gleich mehrere solcher Projekte unterstützt übrigens der OOVW, ein Paradebeispiel ist der Biohof Bakenhus, der unter den Bedingungen einer ökologischen Bewirtschaftung Landwirtschaft und Gewässerschutz vereint. „Der OOVW setzt sich für eine ökologische Landwirtschaft ein“, erklärte Harms und löste damit erneut Reaktionen im Publikum aus: „Schluss mit der gewinnorientierten Massentierhaltung“, lautete eine Forderung.

Dasenbrock zeigte Verständnis, wies aber auch auf die politische Steuerung hin. Wenn die Politik im Zuge der Energiewende Biogasanlagen fördere, sei es eine logische Konsequenz, dass sich die Landwirte daran anpassen. Die erhöhte Tierdichte sei ebenso wie die Flächenkonkurrenz ein generelles Problem im Oldenburger Land. „Mittlerweile sind die Auflagen zur Genehmigung von Mastställen deutlich erhöht“, warf Minßen ein. Angesichts der hohen Kosten sei damit zu rechnen, dass viele Landwirte in Zukunft die Anzahl ihrer Tiere reduzierten. • js